

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blafewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Folkewitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Voigt & Co.

ersch. jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.40, monatlich 1.80

Blasewitz
Dienstag, 2. März 1920.

Anzeigen-Preis: die 6zeilige Grundzeile oder deren Raum
70 Pf., im Textteile die Zeile 1.00 Mk., für An- und Verkäufe und
bergelassen 65 Pf., Tabellen- und schwieriger Satz 50% Aufschlag
Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis norm. 11 Uhr

Wiedergutmachungen.

W. W. Zum Präsidenten der Wiedergutmachungskommission ist an Stelle des zurücktretenden Republik Ratmond Poincaré gewählt worden. Damit ist zum Vornamand unserer gesamten Wirtschaftsbörse der nächsten Jahre der Mann bestellt worden, der als unerbittlicher Feind Deutschlands, als Anhänger der Annexion des linken Rheinufers und Verfechter aller auf Schwächung Deutschlands abzielender Maßnahmen bekannt ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der Wahl Poincarés ein „starrer Jau“ in die Erfüllung unserer Leistungen gebracht werden soll.

Mit Recht ist auch in Deutschland darauf hingewiesen worden, daß es uns direkt wenig nützen, indirekt aber viel schaden würde, wenn wir versuchen sollten, den unlegitimen, national-französischen Gegensatz dazu zu benutzen, unsere Verpflichtungen lax zu erfüllen. Es muß mit Entschiedenheit betont werden, daß eine etwaige deutsche Reintenz nur die Folge haben kann, die Gegensätze zwischen den Verbänden zu überflüssigen. Wohl wird von zahlreichen Männern des öffentlichen Lebens in England, Amerika, Italien und sogar in Frankreich die Revisionsbedürftigkeit der Versailles-Bedingungen anerkannt. Aber von dieser Erkenntnis zu positiven Schritten ist noch ein weiter Weg.

Gegenwärtig scheint es bei der Verteilung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte zu Streitigkeiten zwischen den Verbänden gekommen zu sein. Der „Matin“ will aus London erfahren haben, daß England auf Frankreich durch die Drohung einzuwirken sucht, seine Handelsflotte von der Versorgung Frankreichs mit ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen abzurufen und die Lieferung von monatlich 100000 Tonnen Kohlen einzustellen. Wenn auch diese Drohungen wohl kaum zur Tat werden, so geht daraus doch klar hervor, daß ein etwaiger englisch-französischer Konflikt für uns die unmittelbare Folge haben würde, daß Frankreich um so nachdrücklicher auf die volle Erfüllung der deutschen Kohlenlieferungen bestehen wird.

Die Unerfüllbarkeit zahlreicher Versailles-Bedingungen darf Deutschland nicht veranlassen, in der Durchführung überkommener Verpflichtungen launisch zu werden. Das einzige, was die Zeit bis zur Revision des Friedensvertrages abzurufen kann, ist der Druck der öffentlichen Meinung in den Ländern der Welt. Diese wohlwollende Meinung uns gegenüber wird dadurch erreicht, daß wir den unterschriebenen Vertrag nach Kräften zu erfüllen suchen, und daß wir gleichzeitig unseren Ruf als arbeitssames, tüchtiges, im wirtschaftlichen Zukunft verlässiges Volk wiederherstellen. Es hat im gegenwärtigen Augenblick gar keinen Wert, sich darüber zu Kopf zu zerbrechen, ob und wann wir eine bestimmte Milliardensumme in Goldmark entrichten können. Im Laufe dieses Jahres werden sich die Ansichten noch oft wandeln. Wichtig ist, daß wir in dem Maße aufhören, Objekt der Versandspolizei zu sein, wie wir uns selbst in die Lage setzen, anderer etwas zu bieten. Die Mitarbeit im Verband darf nur der erste Schritt zu einer großen Arbeitsreform auf allen Gebieten sein. Die Gefahr, daß unser vermehrter Reichtum die Beachtlichkeit unserer Vertragspartner entfachen wird, ist nicht allzu hoch zu veranschlagen. In dem Maße nämlich, wie wir aus einer Nacht dritten Ranges wieder zu einer Nacht ersten Ranges werden, tragen wir dazu bei, die politische und wirtschaftliche Konstellation der Welt umzugestalten.

Dr. Groß.

Deutsche Nationalversammlung.

143. Sitzung vom 28. Februar.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichseinkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Reil (Soz.): Wenn das alte Regime von Beginn des Krieges an eine christliche Steuerpolitik betrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich seine Bankrotspolitik betrieben hätte, so brauchen wir nicht seine Tuppe auszusuchen. Die Sozialdemokraten seien an dem unglücklichen Schauspiel in Moskau nicht beteiligt. Sie hätten schon damals eine Kriegsgewinnsteuer gefordert, ebenso den Ausbau der Erbschaftsteuer. Das Prinzip der progressiven Einkommensteuer ist sozialdemokratisch. Im einzelnen hätten die Sozialdemokraten die Gestaltung des Gesetzes anders gedacht. Die Steuer müsse aber unter dem Druck der Verhältnisse in der vorliegenden Form verabschiedet werden.

Abg. Pohlmann (Dem.): Es seien alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines genauen Etats, und die gesamte Volkswirtschaft sich nicht in einem schweren und überhöhen Zustand befindet, denn es kommt weniger auf die Art der Besteuerung an, als darauf, festzustellen, welche Steuerlast von der Volkswirtschaft getragen werden kann. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt, die Arbeitslosenunterstützung neu geregelt werden. Immerhin muß jetzt unsere erste Sorge sein, die Kassen des Reiches zu füllen, denn das Reich braucht das Geld, und so müssen wir die Steuererträge bewilligen. Nur eine gute aktive auswärtige Politik kann uns aus den wirtschaftlichen und finanziellen Nöten retten.

Abg. Dr. Düringer (Dismat.): Vom faktischen Standpunkt aus sind wir Gegner der gegenwärtigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es daher ab, den Männern, die am Ruder sind, eine solche Fülle von Macht zu übertragen, wie sie diese Steuergesetze mit sich bringen.

Sachlich haben wir an ihnen mitgearbeitet, aber die Verantwortlichkeit für diese Steuern tragen die Mehrheitsparteien. Die Steuererträge liegen jetzt erst in ihrer Gesamtheit vor und erwidlichen jetzt erst den so notwendigen Ueberblick. Das für unsere Volkswirtschaft Ertragsliche ist mit diesen Steuern längst überschritten. Das Attentat auf Erzberger haben wir verurteilt, aber empörend ist es, wie meiner Partei der Attentäter angehängt wurde. Wir werden auch im Plenum eine Reihe von Änderungsanträgen stellen. Die Steuererträge im ganzen sind für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Becker (Dism. Sp.): Die Mehrheit des Reichstages, also auch Zentrum und Demokraten, standen hinter der Finanzpolitik Helfferichs, die auf den Weg eingeleitet war. England hat die von den Sozialdemokraten empfohlene Finanzpolitik gemacht und trotzdem an dem sogenannten Kriegsaufnahmestückgehalten. Kriegsgeldern hätten immer nur einen kleinen Teil der Kriegskosten decken können und von den 212 Milliarden Kriegsschulden wären vielleicht 30 Milliarden gedeckt. Mit der jetzigen Besteuerung wird im übrigen nachgeholt, was etwa veräußert worden ist. Der gesamte Zuwachs seit dem 31. Dezember 1918 wird herangezogen. (Sursus h. d. Dem.: Das meiste ist verschwunden!) Wenn schon die Helfferichsche Politik nicht gelobt wird, wie wird ein solches Urteil der Geschichte über die jetzige Finanzpolitik lauten? Auch die Demokraten haben in gegen diese Besteuerung Bedenken gehabt. Leider haben nur wenige von ihnen mit uns dagegen getimmt. Und deshalb tragen die Demokraten in ihrer Gesamtheit mit der Verantwortung für die Folgen dieser Steuererhebung. Der Gesamtbedarf des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist auf 2-26 Milliarden Mark geschätzt worden; es werden heute sicher etwa 8-10 Milliarden mehr sein. (Sursus h. d. Dem.: rechts.) Die Besoldungsreform wird allein 1/2 Milliarden kosten. Wir haben viel zu viel Beamte. Es fehlt eben der Kopf an der Spitze. An manchen Stellen sitzen die Beamten so dicht beieinander, daß sie nicht arbeiten können. Die Bestreben, die Arbeitsleistung zu erhöhen, kommen ein Jahr zu spät. Inland und Ausland müssen wieder Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur deutschen Politik gewinnen, Vertrauen auch zu den Männern in der Regierung, vor allem zum Reichsfinanzminister. Nicht nur die Vertragspartner, sondern alle Arbeiter müssen mehr leisten; auch die Anackeräten. Wir finden uns ab mit der Verteilung der Steuererträge der Einzelstaaten, aber unsere Steuererträge müssen auch ausfindigbar sein.

Abg. Herold (Ztr.): Die Angriffe gegen unsere Steuerpolitik wehen wir zurück. Wenn sich einzelne Parteien zusammenschließen, um zu retten, was zu retten ist, so verdienen das Ansehen; denn diese Parteien übernehmen eine schwere Verantwortung. Die Rechte hat politisch nichts gefehlt, sondern immer nur kritisiert.

Abg. Dillweil (Unabh.): Der Grundgedanke des neuen Einkommensteuergesetzes findet unsere Zustimmung. Die Steuererträge für die höheren Einkommen gehen nicht weit genug. Die strengste Einkommensgrenze von 1500 Mark ist unter den heutigen Verhältnissen viel zu niedrig. Allein für die Lebensmittel eines Erwachsenen sind nach wissenschaftlicher Berechnung 826 Mark jährlich notwendig. Das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie muß jetzt auf 10 bis 12000 Mark angesetzt werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. — Der grundlegende Paragraph 1 wird angenommen. — Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Ergänzung des Gesetzes über Kriegsverbrechen. Weiterberatung des Reichseinkommensteuergesetzes.

Politische Nachrichten.

Die Sozialdemokraten von Groß-Berlin gegen die Abfindung der Hohenzollern.

In Berlin tonte am gestrigen Sonntag in den Versammlungen ein außerordentliches Verbandsstück der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen Groß-Berlins, zu welchem 400 Delegierte aus Groß-Berlin, zahlreiche Abgeordnete, sowie Ministerpräsident Hirsch, Kultusminister Hantisch und Reichsernährungsminister Schmidt erschienen waren. Die Verhandlungen leitete der Referent des Arbeitsministeriums Ingenieur Eldemann, der nach einer Begrüßungsansprache dem Vorsitzenden des Verbandes, dem Ministerialdirektor Franz Krüger, zu seinem Referat „Berliner Parteiorganisation und die kommenden Wahlen“ das Wort erteilte. Krüger führt u. a. aus: Wir erleben in der jetzigen Zeit einen bestigen Angriff der Reaktion gegen die Republik, gegen die Demokratie und Sozialdemokratie. Redner tritt im Verlauf seiner Ausführungen besonders die Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern an, die zwar von einem sozialdemokratischen Minister unterschrieben, aber nicht von Sozialdemokraten ausgearbeitet sei. (Stürmischer Widerspruch.) Jede der sozialdemokratischen Partei sei es, diese Frage nicht vom juristischen, sondern vom politischen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Nicht der Privatmann Wilhelm habe sich Eigentum erworben, sondern der König von Preußen. (Sursus: Diebstahl! Raubritterzeit!) (1) Man gebe den Hohenzollern einen ansehnlichen Propagandafonds für monarchistische Propaganda, mache ihre Schlösser zu monarchistischen Stützpunkten und Ballfabrikorten, wenn man diese Vorlage annehme. Wenn jetzt das Gerücht aufgetaucht sei, daß Siedekum die Vorlage mit den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie durchzubringen beabsichtigt, so solle man doch nicht glauben, daß Siedekum so dumm wäre, denn eine solche Hand-

lungswiese würde ihn nicht nur als Minister, sondern auch als Parteigenossen erledigen. Wenn die geplante Abfindung der Hohenzollern Gesetz würde, dann könnten die sozialdemokratischen Minister nicht länger in der Regierung bleiben. Zur Frage der äußeren Politik schlug der Redner die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland vor. — Im Verlaufe der Erörterung ergriff Kultusminister Hantisch das Wort: Für die kommenden Wahlen habe das Volk sein Geschick in der Hand. Sacht der Arbeitermassen sei es, auf Grund des denkbar freiesten Wahlrechts für eine andere Regierung zu sorgen. Für die Wahlaktion befürwortete Minister Hantisch ein baldiges Frontmachen gegen die Rechte und Ausnutzung des umfangreichen Materials gegen die Reichsparteien durch Flugblätter und Broschüren. Zur Frage der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern wählte er durchaus die vom Vorredner zum Ausdruck gebrachten Gesichte, die die sozialdemokratischen Minister durchzuführen. Die Vorwürfe gegen Siedekum müsse er ganz entschieden zurückweisen. Er könne sich materiell als Minister nicht dazu äußern. Siedekum und der Justizminister seien von der Regierung beauftragt worden, die Angelegenheit vom Helfferich-Standpunkte unter Berücksichtigung der haatsrechtlichen Lage zu betrachten. Diese Aufgabe sei von den Herren erfüllt worden. Aufgabe der Landesversammlung sei es nun, gegenüber den juristischen Erwägungen die politischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. — Reichsminister Schmidt führte aus, daß alle politischen Rechte heute nicht das Volk befriedigen könnten. Im Vordergrunde ständen das Essen das Brot. Unsere Wirtschaftslage frante in erster Linie am dem Manko in der Kohlenförderung, das im Vergleich zur Friedensproduktion 83 Millionen Tonnen betrage. Solange wir die Kohlenproduktion nicht erhöhen können, sei an eine Veranlassung aus dem Verfall nicht zu denken. An einer Preissteigerung könne nichts geändert werden, solange die Saluta weiterhinfle, es sei denn, daß Deutschland in der Lage sei, im größten Umfang zu exportieren. Aber gerade der hieran angelegten Industrie fehle die Möglichkeit zum Export infolge Kohlenmangels. Für die Wahlen sprach Minister Schmidt die Hoffnung aus, daß sie der Sozialdemokratie die notwendige Anhängerzahl zur Geltung des republikanischen Deutschlands bringen werde. (2) Es gelangte eine Entscheidung zur Annahme, in der gegen die der preussischen Landesversammlung zugegangene Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen protestiert wurde.

Der französische Sozialistenkongress gegen den Versailles-Vertrag.

Der französische Sozialistenkongress in Straburg nahm eine Entschiedenheit gegen den Versailles-Vertrag an, den man als den Anfang für einen neuen Weltkrieg bezeichnete. Die Mehrheit der sozialistischen Delegierten stimmte für die sofortige Aufhebung der Verträge von Versailles und St. Germain und für die Einberufung einer Völkerinternationale. — Im Verlaufe der Sitzung kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der elfassische Deputierte Solomon Grumbach, der während des Krieges die bestiegte Propaganda gegen Deutschland in der Schweiz entfaltet hat, wollte die Kongressmitglieder davon überzeugen, daß Deutschland seine militärische Bestimmung noch immer nicht aufgegeben habe und daß Frankreich keine wichtigere Aufgabe habe, als vor Deutschland auf der Hut zu sein. Die überwiegende Mehrheit der Kongressmitglieder schrie Grumbach nieder. Der folgende Redner Lesèvre führte aus, daß man sich vor allem darum zu kümmern habe, daß die politische Bestimmung in Deutschland außerordentlich zugenommen und Grumbach bewußt die Anhänger in Deutschland falsch dargestellt habe. Grumbach verfluchte nochmals zu Worte zu kommen, wurde aber vom Kongress darin behindert.

Eine Probesturteilung.

Paris, 28. Februar. Das Renterische Bureau meldet: Die Alliierten haben zugestimmt, daß einem deutschen Gerichtshof gestattet werde, eine Anzahl ausgewählter Kriegsverbrecher als Probestfälle abzurufen. Es wurde beschloffen, Deutschland eine Liste von 40 Namen zu übermitteln. Wenn die Probestverfahren in achbariger Weise durchgeführt werden, so werde die Liste der 800 Kriegsverbrecher möglichst rasch vermindert werden.

Ein Verband deutscher Presse in Polen.

Bromberg, 29. Februar. Heute haben sich die Redakteure und Journalisten der deutschen Presse aus allen Teilen der Republik Polen hier zusammengeschrieben. Auf Verlangen und Vorschlag waren vertreten. Sie schlossen sich zum Verband der deutschen Presse in Polen zusammen. Der Verband, der seinen Sitz in Bromberg hat, hat die Vertretung der wirtschaftlichen und Standesinteressen der Redakteure und Journalisten zum Ziele.

Die russischen Generale

Judenitch, Glajenapp und Bladenrowitsch wurden, angeblich auf der Reise nach Deutschland begriffen, in Riga auf Veranlassung der englischen Mission verhaftet. — „Berliner Tidende“ erfährt aus Reval, daß Judenitch und seine Generale Estland verlassen haben. Ihre Abreise hatte beinahe den Charakter der Flucht und ging in Automobilen unter englischer Flagge vor sich. General Judenitch soll sein Eigentum, angeblich etwa 10 Millionen russische Mark, auf einem französischen Dampfer in Sicherheit gebracht haben. Mit anderen französischen Dampfern verließen die Familien seiner Generale Estland.